



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2012
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 15.05.2012
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Bericht aus dem Integrationsrat
6. Haushaltssanierungsplan des Doppelhaushalts 2012/2013
Vorlage: 0333/2012
7. Haushaltsplanberatungen 2012/2013
2. Lesung
8. Integrationskonzept für die Stadt Hagen
Vorlage: 0310/2012
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden und bittet um das Einverständnis der Ausschussmitglieder, unter dem noch einzufügenden Punkt 7 die Haushaltsplanberatungen 2012/2013 in zweiter Lesung zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

2. Mitteilungen

keine

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

**Maßnahme 12_53.002 Einstellung der Zuschussgewährung an die
Altmaßnahme Schwangerschaftskonfliktberatung (Seite 129)**

Herr Söhnchen bezieht sich anlässlich dieser Maßnahme auf die Tatsache, dass dem Sozialausschuss erneut verschiedene „Altmaßnahmen“ zur Beratung und Abstimmung vorgelegt würden, über die bereits in aller Ausführlichkeit beraten worden sei. Er halte das für nicht vertretbar, zumal alle Argumente bereits vor zwei Jahren ausgetauscht worden seien. Die SPD-Fraktion werde aus diesem Grund alle genannten Altmaßnahmen ablehnen.

Herr Hentschel schließt sich den Ausführungen an.

Auch Frau Sauerwein teilt die Darlegungen von Herrn Söhnchen. Alle sozialen Maßnahmen seien nicht zu kürzen. Auch ihre Fraktion werde diese Maßnahmen ablehnen.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass man hier eine andere Kürzungs- bzw. Vorschlagssystematik habe als bisher. Die Ausschussmitglieder - insbesondere die Ratsmitglieder - seien verpflichtet, den gesetzlichen Ausgleich zu schaffen.

Jede Maßnahme, die abgelehnt würde, führe dazu, dass man einen entsprechenden Ausgleich vorschlagen müsse. Das könne dazu führen, dass durch Steuererhöhungen der Ausgleich geschaffen werde. Das wolle er zu Beginn der Beratung zu bedenken geben.

Frau Cramer erinnert daran, dass Schwangerschaftskonfliktberatung Aufgabe des Landes sei. Man müsse abwarten, was auf diesem Gebiet geschehe.

Herr Hentschel hält die Ausführungen von Herrn Dr. Schmidt für weitestgehend richtig. Die Vertreter der Verbände müssten sich keine Gedanken dazu machen. Das sei Aufgabe der Politik. Von Seiten seiner Fraktion würden Sparvorschläge anderer Art gemacht werden.

Herr Ludwig fragt sich angesichts der erneuten Beratung der „Altmaßnahmen“, wie die Verwaltung mit den Verbänden umgehe. Er habe das Gefühl, dass die Inhalte der geschlossenen Verträge keinen Wert mehr hätten, sobald diese abgeschlossen seien. Es gebe keine Verlässlichkeit mehr. Damit könnten Verbände auf Dauer nicht umgehen. Für die Aufgabenwahrnehmung durch die Verbände sei eine gesicherte Finanzierung nötig. Er könne im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Verbände sagen, dass von dort alle Einsparvorschläge abgelehnt würden.

Frau Sauerwein ist der Meinung, dass eine Kompensation für abgelehnte Maßnahmen nicht möglich sei. Es sei unumgänglich, die Verteilung der Mittel zwischen Bund, Land und Kommune zu ändern.

Frau Helling hält das gesamte Sparpaket für halbwegs ausgewogen, was Einsparungen und Einnahmeerhöhungen angehe. Sie habe die Hoffnung, dass es gelänge, auch im sozialen Bereich die Kürzungen vorzunehmen. Die Kürzungen im Sozialbereich seien zumutbar und für die Bürger der Stadt Hagen nicht spürbar. Es würden keine Strukturen zerschlagen. Sie plädiere dafür, auch im Rahmen der Verantwortlichkeit für die Haushaltslage die gefassten Entscheidungen ggf. zu überdenken.

Herr Puder weist darauf hin, dass in den letzten Jahren im sozialen Bereich bereits gekürzt worden sei. Er könne nicht verstehen, dass diese Felder erneut zur Diskussion stünden. Die Verbände steckten weitaus mehr Geld in diese Arbeit hinein, als die Zuschüsse, die man bekomme. Er appelliere an die Sozialpolitiker, das zu berücksichtigen.

Herr Hentschel nimmt Bezug auf das Ehrenamt in Deutschland, das gut aufgestellt sei. Man müsse sehen, wie viel das ehrenamtliche Engagement der Bürger und Bürgerinnen bringe. Er gebe zu bedenken, welche Ausgaben der Staat hier einspare.

Herr Söhnchen erklärt in Richtung von Herrn Dr. Schmidt, dass man sich seiner Verantwortung durchaus bewusst sei. Es sei einhellige Meinung der SPD-Fraktion, dass bei den Altmaßnahmen im Sozialbereich nicht gespart würde. Das sei bereits mit den Ratsmitgliedern abgestimmt.

Frau Priester-Büdenbender bittet, nach dem Austausch allgemeiner Argumente zu der Beratung der Einzelmaßnahmen zurückzukehren.

Sie lässt über die **Maßnahme 12_53.002** abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, die Zuschussgewährung an die Schwangerschaftskonfliktberatung einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 2
Dagegen: 10
Enthaltungen: 1

Maßnahme 12_55.002 Zuschusskürzung Seniorenbegegnungsstätten
Altmaßnahme (Seite 125)

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, die vorgeschlagene Zuschusskürzung der Seniorenbegegnungsstätten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen
 Einstimmig abgelehnt
 Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 4
Dagegen: 9
Enthaltungen: 0

Maßnahme 12_55.003 Kürzung der Verträge 55/0
Altmaßnahme (Seite 125)**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, die Pauschalzuschüsse an die Verbände einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen
 Einstimmig abgelehnt
 Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
Dagegen: 9
Enthaltungen: 1

**Maßnahme 12_55.005 Abmietung Asylantenheim Voerderstraße bis 2016
(Seite 124)**

Frau Pfefferer bittet die Verwaltung, zukünftig den Begriff „Asylbewerberheim“ zu wählen.

Herr Gierke erklärt, dass der Begriff „Flüchtlingsunterkunft“ passender sei, da nicht nur Asylbewerber Zielgruppe seien.

Frau Sauerwein macht deutlich, dass ihre Fraktion der Sparmaßnahme nur unter der Voraussetzung zustimmen könne, wenn die angesprochenen Stellen ausgewiesen seien.

Herr Gierke erläutert die Hintergründe der Sparmaßnahme.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, eine Abmietung der vorgeschlagenen Flüchtlingsunterkunft vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 1
Enthaltungen: 2

**Maßnahme 12_FBOB.001 Einstellung Zuschuss für Beratungsstelle für
Opfer für Menschenhandel (Seite 125)
Altmaßnahme**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Zuschuss für die Beratungsstelle für Opfer für Menschenhandel einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen
 Einstimmig abgelehnt
 Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 4
Dagegen: 9
Enthaltungen: 0

Maßnahme 12_55.004 Budgetvorgabe Jobcenter (Seite 123)

Frau Sauerwein weist in diesem Zusammenhang auf das Urteil des Bundessozialgerichtes bezüglich der Wohnraumgröße hin, das für den kommenden Tag erwartet werde. Je nachdem, wie das Urteil ausfalle, könnten höhere Kosten auf die Stadt zukommen.

Herr Steuber erklärt, dass mögliche Folgen des Urteils nicht einkalkuliert seien.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, die Anpassung der Budgetvorgaben für die Kosten der Unterkunft vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 3
Enthaltungen: 0

7. Haushaltsplanberatungen 2012/2013

2. Lesung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Walter weist darauf hin, dass die eben beratenen Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans im Haushaltsplanentwurf nicht enthalten seien. Aus diesem Grunde könne dieser unabhängig davon beschlossen werden.

Frau Priester-Büdenbender lässt über den Haushaltsplanentwurf 2012/2013 abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2012/2013 zu.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 1
Enthaltungen: 2

8. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

Vorlage: 0310/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach gibt einige Hintergrundinformationen zu der Thematik.

Frau Gül vom Imap-Institut stellt das Integrationskonzept für die Stadt Hagen vor.

Frau Cramer merkt an, dass man bei der Umsetzung des Konzeptes viele Schwierigkeiten werde bearbeiten müssen. Sie sei der Meinung, dass zum Beispiel gemeinsame Gottesdienste in Kindergärten für 3-4-Jährige nicht unbedingt sinnvoll seien, da ein Kind in diesem Alter noch nicht gefestigt in seinem eigenen Glauben sei.

Frau Sauerwein fand die Lektüre sehr interessant und sei dankbar für das Zah-

lenwerk. Sie erklärt, dass die Aktionen gegen PRO-NRW in Hagen ein gelungenes Beispiel für Integration gewesen seien. Sie sehe der Umsetzung der Maßnahmen freundlich entgegen.

Herr Hentschel führt als Negativbeispiel die Hagen-Schule an. Diese nähme nur Kinder christlichen Glaubens an.

Frau Cramer hält dem entgegen, dass sie von zwei Kindern islamischen Glaubens wisse, die von der Hagen-Schule aufgenommen worden seien.

Frau Kulla bedankt sich bei den Mitwirkenden für das Konzept. Sie fragt, ob das Konzept den Bürgern auch im Internet zur Verfügung stünde. Sie weist darauf hin, dass der heutige Tag bundesweit der Tag der Familie sei.

Die Frage von Kulla wird bejaht.

Herr Wegener erklärt, dass man sich als Seniorenbeirat gern unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages wiederfinden wolle. Der Seniorenbeirat sei der Meinung, dass sowohl die deutschen Senioren, als auch die Senioren, die vor langer Zeit in dieses Land gekommen seien, die Unterstützung aus den anderen Bereichen benötigten.

Frau Sauerwein ergänzt, dass der Seniorenbeirat Anfang Juni tage. Man würde das Thema gern auf die Tagesordnung nehmen und dazu ein Votum abgeben.

Frau Buchholz schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter Punkt 3 um die Worte „**mit der Koordinierung** der Umsetzung...“ zu ergänzen.

Herr Ludwig empfiehlt, unter Punkt 3 den Satz „Hierbei ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten“ mit aufzunehmen.

Herr Steuber merkt an, dass das bereits im Gesetz geregelt sei. Eine erneute Formulierung im Beschluss sei nicht erforderlich.

Herr Wegener bewertet die Entwicklung bis heute sehr positiv.

Frau Priester-Büdenbender stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das vorliegende Integrationskonzept wird als Grundlage der Integrationsarbeit in Hagen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird – unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität für den städtischen Haushalt – beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die RAA zu einem kommunalen Integrationszentrum umzuwandeln.

3. Das künftige kommunale Integrationszentrum wird mit der **Koordinierung der** Umsetzung der Maßnahmevorschläge in Kooperation mit den in der Integrationsarbeit engagierten Verbände und Vereine beauftragt.
4. Über den Umsetzungsstand wird dem Integrationsrat und dem Sozialausschuss mindestens **zweimal** jährlich berichtet.
5. Dieser Beschluss wird zum 31.12.2012 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Puder nimmt Bezug auf die Konsolidierungsmaßnahme PK.4140 auf Seite 72 des Haushaltssanierungsplans.

Es gehe dort um den Wegfall einer Stelle in der Gesundheitsförderung, die sich um die Förderung der Selbsthilfegruppen gekümmert habe. Das Problem sei, dass wenn die ¼-Stelle bei der Stadt nicht mehr ausgewiesen werde, werde die Krankenkasse die andere ¼ -Stelle auch nicht mehr bezahlen. Das sei eine Fördertechnik und er wisse nicht, ob das bedacht worden sei. Vielleicht könne das anders gelöst werden.

Herr Dr. Schmidt verspricht, die Anregung weiterzuleiten. Betroffen sei das Gesundheitsamt.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.15 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin